

03.09.2002

## Antrag

der Fraktion der CDU

### **Die Augen nicht verschließen - Kinderarmut in Städten und Gemeinden des Landes bekämpfen Lebensraum Großstadt familienfreundlich gestalten**

Wie in vielen anderen Großstädten weltweit, erleben wir in den Ballungsgebieten in Nordrhein-Westfalen eine Zunahme sozialer Unterschiede. Fast alle nordrhein-westfälischen Großstädte verzeichnen hohe Wanderungsverluste und niedrige Geburtenraten. Während im ländlichen Umfeld dieser Städte inzwischen jedes zweite Kind in zugezogenen Mittelschichtfamilien mit Familienorientierung geboren wird, verbleiben in den Städten mehrheitlich Haushalte ohne Kinder oder Familien in sozialen Brennpunkten. Schon jetzt gibt es einen Geburtenüberschuss der ausländischen Bevölkerung und im Jahr 2010 werden 40 % der Großstadtkinder ausländischer Herkunft sein (heute deutlich unter 20 %).

I.

In der Mehrzahl der Haushalte in unseren Großstädten leben keine Kinder mehr. In der größten Ruhrgebietsstadt Essen z.B. leben nur noch in jedem 6. Haushalt Kinder. Ein immer größerer Anteil dieser Kinder lebt in den ärmeren Vierteln. Diejenigen, die dort Kinder erziehen, tun dies häufig unter erschwerten Bedingungen. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass insbesondere bei Frauen mit hochqualifizierter Schul- und Berufsausbildung die Entscheidung für Kinder zurück geht. Nur noch 50 % der Akademikerinnen pro Frauenjahrgang bekommen Kinder. Dieser Strukturwandel wird in der Wahrnehmung nur als Wandel von der schwer- oder großindustriellen Massenproduktion hin zu Arbeitsplätzen in Dienstleistungsbereichen, Medien, Wissenschaft oder Tourismus beschrieben. Soweit die davon betroffenen Menschen in diesem Zusammenhang vorkommen, dann in der Regel als das „soziale Kapital des Großstadtlebens“: hochmotiviert, gut ausgebildet, integrationsfähig.

Datum des Originals: 27.08.2002/Ausgegeben: 02.08.2002

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein - Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84 - 24 39, zu beziehen

Die Wahrheit ist anders: Die Großstadtbevölkerung nimmt kontinuierlich in der Anzahl ab und im Alter zu. Zugleich bleibt die wirtschaftliche Entwicklung und die Erwerbsquote in vielen Großstädten immer mehr hinter anderen Regionen der Bundesrepublik Deutschland zurück. Dort, wo in den Großstädten die meisten Kinder leben, sind auch die meisten armen Kinder. Während im Landesdurchschnitt die Armutsquote der Kinder ihrem Bevölkerungsanteil entspricht, ist in den Großstädten die größte Armutsquote und Sozialhilfedichte bei Kindern messbar.

Zu den Menschen, die in Armut leben (unter 40 % des durchschnittlichen Einkommens) zählen 40 % Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. In den wirtschaftlich besser gestellten Familien mit 200 % über dem durchschnittlichen Einkommen, leben lediglich drei Prozent Kinder und Jugendliche.

Armut von Kindern und Jugendlichen geht einher mit Merkmalen sozialer Benachteiligung:

- Viele leben in Haushalten ohne Väter mit alleinerziehenden Müttern.
- Das Regeleinkommen dieser Haushalte ist die Sozialhilfe. Kinder erfahren, dass „normalerweise“ das Geld vom Sozialamt oder vom Arbeitsamt kommt, und dass man dafür „normalerweise“ nicht arbeitet.
- Einige der Städte mit hoher Armutsquote haben die höchste Gewaltkriminalität. Hier ereignen sich die meisten Delikte, hier wohnen die meisten Täter und die Opfer
- Lebten in diesen Städten früher die sesshaftesten Schichten über ganze Generationen und mit hohem Integrationsvermögen, wechselt heute die Bevölkerung alle 4-5 Jahre dort ihre Quartiere.
- Kinder und Jugendliche lernen dort nicht mehr traditionelle betriebliche Solidarität, familiäre oder nachbarschaftliche Solidarität, sondern leben sozial isoliert ohne lokale Identifikation - ohne Heimat.
- Ein Viertel der jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe haben keinen Schulabschluss, zwei Drittel keinen Berufsabschluss.
- Die Wahlbeteiligung liegt in den Armutsquartieren unter 30 %, so wie insgesamt das gesellschaftliche und politische Engagement sich noch stärker zurückentwickelt hat als z. B. in sozial ausgewogenen Orten.

Die Mehrheit der Kinder in den Städten wird, wenn nichts geschieht, künftig unter solchen Voraussetzungen aufwachsen. Die schlechte Perspektive der „armen“ Kin-

der der Großstädte ist damit die schlechte Perspektive für die Zukunftsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Ballungszentren. Eine zukunftsorientierte Regionalpolitik muss den Familien und ihren Lebensperspektiven mehr Aufmerksamkeit widmen. Familienpolitik in den Großstädten unseres Landes heißt angesichts der zuvor beschriebenen Entwicklungen leider auch Armutsbekämpfungspolitik.

Die Anstrengungen dürfen nicht nur auf eine Politikebene beschränkt werden - insbesondere nicht nur auf die kommunale Kinder- und Jugendhilfe. Hier sind Bundes- und Landespolitik gleichermaßen gefordert, ihrerseits die erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen, damit die Kommunen auch in Zukunft ihre Aufgaben angemessen wahrnehmen können.

## II.

Der Landtag stellt fest:

### I. Kinder gehören nicht in die Sozialhilfe

Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Sie gehören nicht in die Sozialhilfe, ebenso wie es nicht sein darf, dass Alleinerziehende und kinderreiche Familien allein nur weil sie Kinder haben, in die Sozialhilfe abgleiten. Vor diesem Hintergrund stellt das Konzept eines Familiengeldes eine Chance dar, Kinder und die sie erziehenden Eltern oder Elternteile aus dem Sozialhilfebezug heraus zu bekommen.

### II. Eltern und Kinder brauchen verlässliche Betreuungsangebote

Die Erziehungs- und Familienkompetenz der Eltern muss gestärkt werden, denn in erster Linie obliegt ihnen die Erziehung ihrer Kinder. Familienbildungsstätten müssen enger mit der Jugendhilfe kooperieren, um gerade die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken.

Die familienunterstützenden Systeme müssen ausgebaut werden. Aufsuchende Sozialarbeit, Selbsthilfegruppen, Wohlfahrtsverbände u. a. müssen ein Netzwerk zur individuellen Hilfe für Familien in besonderen Notlagen knüpfen.

Vorrangig ist ein bedarfsgerechtes System der Kinderbetreuung. Kindertagesstätten sollen sich zu Kompetenzzentren für Familien weiterentwickeln. Die Kommunen brauchen mehr Planungsfreiheit, um den unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden zu können.

### III. Kinder brauchen Bildung

Wir benötigen eine Bildungsoffensive, insbesondere für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Kleine Schuleinheiten, Ganztagschulen, kleine Klassen, Bindung an Klassenlehrer, Unterstützung von Jugend- und Sozialarbeit sollen mit verstärk-

ten Anstrengungen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf eingerichtet werden. Jugendliche brauchen eine Perspektive.

#### IV. Eltern und Jugendliche brauchen Arbeit

Neben der Pflege der traditionellen Bildungswege und Ausbildungsberufe müssen die Ressourcen auf die Entwicklung neuer Beschäftigungsfelder konzentriert werden, wobei die Geringqualifizierten nicht vergessen werden dürfen. Staatliche Subventionierung von Niedriglöhnen, Halbierung von Mehrwertsteuersätzen für haushaltsnahe Dienstleistungen oder auch Arbeit, die die Kommunen anbieten, müssen zu einer Beschäftigungsoffensive für Menschen in sozialen Notlagen entwickelt werden. Jugendhilfe, Schule, Arbeitsvermittlung und Wirtschaft müssen stärker kooperieren, um insbesondere die berufliche Qualifikation von jungen Menschen zu verbessern.

#### V. Familien gehören nicht in soziale Brennpunkte

Die Städte müssen attraktiver werden und die Ursachen von Stadtfucht müssen bekämpft werden. Dazu gehören insbesondere finanzierbare Baugrundstücke für Familien mit Kindern.

Städtische Wohnungsämter, Bauämter und Wohnungsbaugesellschaften müssen Strategien entwickeln, gut durchmischte Wohn- und Lebensquartiere für Familien zu schaffen.

Soziale Brennpunkte müssen „entzerrt werden“. Mit einer gezielten Förderung von Wohneigentum wird die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Stadtteilen gesteigert.

Die Möglichkeit von Drei-Generationen-Wohnen und eine kindgerechtere Infrastruktur gerade in Innenstadtbereichen und deren Randbezirken muss weiterentwickelt werden und ist nicht weniger wichtig als die Gewerbeansiedlungspolitik.

#### VI. Ausländische Familien müssen integriert werden

Ohne verstärkte Integrationsbemühungen der aufnehmenden Gesellschaft sowie der Intergrationsbereitschaft der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird keine Großstadtregion eine positive Entwicklung nehmen. Die Kinder- und Jugendhilfe muss aufsuchende Arbeit leisten. Durch eine gezielte Förderung müssen alle Kinder in die Lage versetzt werden, zum Zeitpunkt der Einschulung dem Unterricht folgen zu können.

Weiterbildungsträger müssen sich verstärkt mit Angeboten vom Sprachunterricht aber auch niederschweligen Angeboten, insbesondere an Migrantinnen und Spätaussiedlerinnen wenden.

#### VII. Probleme dürfen Familien nicht erdrücken

Aufsuchende Sozialarbeit, Selbsthilfegruppen, Wohlfahrtsverbände u. a. müssen das Netzwerk zur individuellen Hilfe für Kinder und Familien in besonderen Notlagen verstärkt knüpfen (z.B. Familienhilfestationen).

Alleinerziehende, Arbeitslose, Drogenabhängige, Verschuldete, Alkoholabhängige, Pflegebedürftige dürfen mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden. Wenn Kinder in diesen Familien leben, haben die Betroffenen einen Rechtsanspruch auf Hilfe (KJHG), zumal nach § 17 des KJHG die Ehe-, und Familien- und Lebensberatung wichtiger Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe ist, um so Familien zu stabilisieren.

#### VIII. Die Entwicklungen müssen beobachtet werden

Die Sozialforschung ist auszubauen, damit Verantwortliche in Politik und Gesellschaft rechtzeitig Probleme erfassen können und Instrumente auch auf die Wirksamkeit hin überprüft werden können. Bewährte Maßnahmen einzelner Kommunen und Institutionen und erfolgversprechende Lösungsstrategien sollen regional Anwendung finden.

#### III.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Dem Landtag bis Ende dieses Jahres einen Bericht über die Kinderarmut in den Großstädten unseres Landes vorzulegen.
2. Auf der Basis dieses Berichts ein Konzept zur Bekämpfung der Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen vorzulegen, dass insbesondere die in diesem Antrag dargestellten politischen Handlungsschwerpunkte berücksichtigt.

Dr. Jürgen Rüttgers  
Thomas Mahlberg  
Jutta Appelt  
Regina van Dinther  
Maria-Theresia Kastner  
Thomas Kufen  
Antonius Rösenberg  
Bernhard Tenhumberg